

## AUS DEM ACDP

### **Der Gründungsprozess und die Etablierung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik\***

**Carsten Pickert**

Die Diskussion über die Schaffung eines Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.<sup>1</sup> ist fast so alt wie die Geschichte der Christlich Demokratischen Union. Vor der Gründung des CDU-Bundesverbandes auf dem 1. Bundesparteitag der CDU, welcher vom 20. bis 22. Oktober 1950 in Goslar stattfand<sup>2</sup>, bildete zunächst der Zwischenzonenausschuss der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU, der im August 1946 in die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU<sup>3</sup> überführt worden war, eine Art Dachverband für die CDU-Landesverbände und die CSU in Bayern.<sup>4</sup>

---

\* Gekürzte Fassung des im Rahmen des dritten gradualen Fernweiterbildungskurs Archiv des Fachbereiches Informationswissenschaften der Fachhochschule Potsdam angefertigte Abschlussarbeit.

- 1 Zur Geschichte des ACDP gibt es bisher einige kleinere Beiträge, vgl. Günter Buchstab: Archiv für Christlich Demokratische Politik in St. Augustin, in: *Der Archivar* 30 (1977), Sp. 65f.; Klaus Gotto: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: *Mitteilungen der Fachgruppe 6 im Verein Deutscher Archivare* Nr. 1 (1978), S. 11–15; Ders.: Das Archiv für Christlich Demokratische Politik, in: *Eichholzbrief. Beiträge zur politischen Bildung und Information für die Mitarbeiter, Teilnehmer und Förderer der politischen Akademie und des Bildungswerks der Konrad-Adenauer-Stiftung* 1 (1977), S. 49–52; Winfried Becker: Festvortrag „Historische Bewußtseinsbildung im demokratischen Staat – 25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik“, gehalten am 18. Mai 2001 in Sankt Augustin ([www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag\\_Becker.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag_Becker.pdf), Abruf: 29. Mai 2013); Hans-Peter Schwarz: Festvortrag „Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik? Ist ein Paradigmenwechsel angezeigt?“, gehalten am 5. November 2005 in Bonn ([www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag\\_Schwarz.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag_Schwarz.pdf), Abruf: 29. Mai 2013); Günter Beaugrand: *Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine Chronik in Berichten und Interviews mit Zeitzeugen*. Meckenheim 2003, und Günter Buchstab: *Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung*, in: Anja Kruke/Harry Scholz (Hg.): *Die Archive der Politischen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Archivführer* (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie 6). Bonn 2010, S. 25–38.
- 2 Vgl. Andreas Grau: Goslar 1950. Vorbereitung, Konzeption und Ablauf des ersten Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, in: *Historisch Politische Mitteilungen* 18 (2011), S. 49–86.
- 3 Vgl. Brigitte Kaff: *Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU*, in: Winfried Becker u. a. (Hg.): *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*. Paderborn 2002, S. 425f. Die Protokolle des Zwischenzonenausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU und der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU liegen in einer wissenschaftlichen Edition vor. Vgl. *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*. Bearb. von Brigitte Kaff (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1991.
- 4 Vgl. Buchstab: *Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, S. 25.

Bereits auf den ersten beiden Sitzungen des Zwischenzonenausschusses am 14. Februar 1946 und 12. April 1946 in Frankfurt am Main wurde unter anderem der Aufbau eines Archivs innerhalb eines Informationsamtes diskutiert. Bruno Dörpinghaus<sup>5</sup> plädierte auf der Sitzung im Februar dafür, dass „alle wichtigen Artikel, Verlautbarungen und politischen Nachrichten diesem Archiv zur Verfügung“<sup>6</sup> gestellt werden sollten.

Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU beriet auf ihrer ersten Vorstandssitzung vom 13. bis 15. März 1947 in Berlin ebenfalls über die Einrichtung eines Informationsamtes, dem neben einer Presseabteilung auch ein Archiv und eine Bibliothek angegliedert werden sollten.<sup>7</sup> Die im Informationsamt zu sammelnden Unterlagen, z. B. Protokolle, Reden, Rundschreiben, Informationsdienste, Parteizeitungen, sollten aufgrund der damaligen Papierknappheit und der teilweisen Papierkontingentierung, auf Anfrage den Mandats- und Funktionsträgern der CDU und CSU für eine bestimmte Zeitspanne zur Verfügung gestellt werden.<sup>8</sup> Von einem Archiv im klassischen Sinne kann hier jedoch noch nicht gesprochen werden. Vielmehr handelte es sich um eine Art Dokumentenvermittlungsstelle.

Nach der Gründung des CDU-Bundesverbandes im Jahre 1950 begann die neu eingerichtete Bundesgeschäftsstelle mit dem Aufbau einer Dokumentationsstelle, die als Archiv bezeichnet wurde.<sup>9</sup> Hier wurden wie bereits beim Informationsamt der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU vor allem Satzungen, Tagungsunterlagen von Delegiertenversammlungen, Ausarbeitungen, Beschlüsse und Informationsdienste der CDU und ihren Vereinigungen und Sonderorganisationen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene für den internen Gebrauch gesammelt. Weiterhin wurden Materialsammlungen zu Personen sowie zu politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Themen angelegt.<sup>10</sup> Außer Acht gelassen wurden die Übernahme des Parteischriftgutes und die Akquisition von Nachlässen, also von Archivgut im engeren Sinne. Ebenso war an eine externe Nutzung, gar an eine wissenschaftliche Auswertung der Unterlagen, nicht gedacht.

---

5 Bruno Dörpinghaus (1903–1995), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU Hessen und 1945–1947 Landesgeschäftsführer, 1947–1950 Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, 1951–1968 Hilfsreferent im Auswärtigen Amt, 1969–1973 Vorsitzender der Deutschland-Stiftung e.V.

6 Die Unionsparteien 1946–1950, S. 7

7 Vgl. ebd., S. 15, S. 75.

8 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 26.

9 Das Archiv der Bundesgeschäftsstelle der CDU gelangte mit der Übernahme der Unterlagen des CDU-Bundesvorstandes und der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1981 in das ACDP und wurde dort im Bestand CDU-Bundespartei (07-001) unter dem Gliederungspunkt „Historisches Archiv“ eingegliedert. Vgl. ACDP 07-001-3215 bis 07-001-3482.

10 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 26.

*Aufbau von Parteiarchiven in den Politischen Stiftungen*

In den 1960er Jahren gab es bei den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien Bestrebungen, in den ihnen nahestehenden Politischen Stiftungen Archive aufzubauen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) beschloss 1962 anlässlich des im Folgejahr bevorstehenden 100. Gründungsjubiläum der Partei bei der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Archiv der deutschen Arbeiterbewegung einzurichten. Am 6. Juni 1969 wurde von Willy Brandt das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) in Bad Godesberg-Friesdorf eröffnet.<sup>11</sup>

Die FDP ging einen anderen Weg. Sie verkaufte 1967 das seit 1961 in der Bundesgeschäftsstelle systematisch aufgebaute Parteiarchiv an die Friedrich-Naumann-Stiftung, es verblieb aber räumlich in der FDP-Bundesgeschäftsstelle in Bonn. Erst 1982 erfolgte nach der Fertigstellung eines Archivanbaus der Umzug des Parteiarchivs in die Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung nach Gummersbach. Anlässlich des 100. Geburtstages von Theodor Heuss wurde das Archiv des Deutschen Liberalismus am 31. Januar 1984 von Walter Scheel feierlich eingeweiht.<sup>12</sup>

Bei der der CSU nahestehenden Hanns-Seidel-Stiftung gab es ab den 1970er Jahren Bestrebungen, ein Archiv in Form eines Dienstleistungszentrums mit den Bereichen Archiv, Bibliothek und Dokumentation einzurichten. Konkrete Ausarbeitungen hierfür wurden bereits 1974 vorgelegt. Es sollte aber noch zehn Jahre dauern, bis 1984 mit dem Aufbau eines Archivs für Christlich-Soziale Politik begonnen werden konnte.<sup>13</sup>

*Aufbau eines Archivs für Christlich-Demokratische Politik in der KAS*

Bei der der CDU nahestehenden KAS herrschte ab Mitte der 1960er Jahre eine Art Aufbruchsstimmung. Neben der Ausweitung der Politischen Bildung und der internationalen Arbeit wurden 1965 die Studienförderung aufgenommen und mit dem Aufbau eines Studienzentrums, welches auch als Forschungszentrum bezeichnet wurde, begonnen.<sup>14</sup>

Im Arbeitsbericht der KAS für das erste Halbjahr 1966 wurden die Aufgaben des Studienzentrums folgendermaßen beschrieben: „Schwerpunkte der

11 Vgl. Mario Bungert: „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie 4). Bonn 2002, S. 82–85.

12 Vgl. Monika Fassbender: Das Archiv des Liberalismus, in: Kruke/Scholz, S. 98f.

13 Vgl. Renate Höpfinger: Das Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, ebd., S. 42f.

14 Vgl. Kurzprotokoll der Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 3. Juni 1965, Fortsetzung am 11. Juni 1965 in der Politischen Akademie Eichholz, S. 2, in: ACDP 07-001-12151.

Arbeit sind gegenwärtig Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands sowie Grundsätze der Entwicklungspolitik in Afrika und Lateinamerika. Das Archiv sammelt alle Materialien aus der Gründungszeit der Parteien und Organisationen christlich-demokratischer Prägung in Deutschland nach 1945.<sup>15</sup> Seine Tätigkeit nahm diese Einrichtung Anfang 1966 am Verwaltungssitz der KAS in der Coburger Straße 1 a in Bonn auf.<sup>16</sup>

Innerhalb des Studienzentrums war das Referat „Dokumentationsstelle und Archiv“ für die Sammlung der Materialien allein verantwortlich. Franz Thedieck,<sup>17</sup> einer der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden der Stiftung, stellte im Februar 1966 in einem Schreiben an alle Kreis- und Bezirksverbände der CDU das Referat „Dokumentationsstelle und Archiv“ mit seinen Aufgaben vor. Das Hauptaugenmerk lag hierbei auf der Sammlung der Gründungsunterlagen beider Unionsparteien sowie das Schriftgut ihrer Parteigründer auf Orts- und Kreisebene. Unberücksichtigt blieben das Schriftgut des Bundesverbandes und der Landesverbände der CDU und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.<sup>18</sup>

Bereits im Sommer 1966 kam der weitere Aufbau des Archivs, aufgrund des Ausfalls der Referatsleiterin, zum Erliegen.<sup>19</sup> In der zweiten Hälfte des Jahres 1966 wurden die Aufgabenschwerpunkte des Studienzentrums neu ausgerichtet.<sup>20</sup> Die Neustrukturierung des Studienzentrums beinhaltete unter anderem die Auflösung des Referats „Dokumentationsstelle und Archiv“. Einzige Aufgabe des Studienzentrums war von 1967 an die Erarbeitung von Grundlagen für die anderen Institute und Einrichtungen der KAS.<sup>21</sup>

Mit dem Vorstandswechsel am 26. Juni 1968 ging auch das endgültige Aus für das Studienzentrum der Stiftung einher. Am 9. September 1968 wurde auf Vorschlag von Manfred Wörner<sup>22</sup> die Auflösung des Studienzentrums be-

15 Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Aus der Arbeit des 1. Halbjahres 1966. S. 3, in: ACDP 07-001-12152.

16 Vgl. Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Entstehung und Entwicklung, S. 2, ebd.

17 Franz Thedieck (1900–1995), 1950–1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1964–1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

18 Rundschreiben der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V. vom November 1966, in: ACDP 03-006-141/2 (Bestand LV Schleswig-Holstein).

19 Vgl. Vermerk für die Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 10. September 1966, in: ACDP 07-001-12153.

20 Vgl. Vermerk an Konrad Kraske vom 18. November 1966, ebd.

21 Ausarbeitung „Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Entstehung und Entwicklung (1964–1968)“ vom 1. August 1967, S. 2, in: ACDP 07-001-10180.

22 Manfred Wörner (1934–1994), 1965–1988 MdB, 1968–1972 Geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1972–1988 Stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1982–1988 Bundesminister der Verteidigung, 1988–1994 Generalsekretär der NATO.

schlossen. Im Protokoll heißt es hierzu lapidar: „Das Studienzentrum wird aufgelöst.“<sup>23</sup>

Die Umstände, die zur Schließung des Studienzentrums führten, begründete Wörner gegenüber Thedieck folgendermaßen: „Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung hat auf seiner Sitzung vom 9. September 1968 auf meinem Vorschlag beschlossen, das Studienzentrum aufzulösen. Dabei hat er sich neben finanziellen Erwägungen ausschließlich von der Überlegung leiten lassen, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer so weitgespannten Aufgabe überfordert wäre. Für die im Rahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung erforderliche Grundlagenforschung erscheint uns das Wissenschaftliche Institut ausreichend.“<sup>24</sup>

Daneben könnten strukturelle Veränderungen in der Stiftung eine Rolle gespielt haben. Möglicherweise erfolgte die Auflösung des Studienzentrums, um eine Erweiterung der Bildungsarbeit in Schloss Eichholz mit der Gründung des Instituts für kommunalpolitische Bildung und Forschung zu ermöglichen.<sup>25</sup>

Es bleibt festzustellen, dass ein erster Versuch, ein Archiv bei der KAS einzurichten, bereits Ende 1966 gescheitert war. Anders als bei der SPD und FDP gab es weder bei der CDU noch bei der KAS zu diesem Zeitpunkt ein wirkliches Interesse an dem Aufbau eines Archivs, da die CDU seit 1949 ununterbrochen auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung stand und ihre Politik und Parteiarbeit dementsprechend auf die Gegenwart und die Zukunft ausgerichtet war. Archivfragen genossen keine Priorität. Hinzu kam, dass aufgrund der föderalen Struktur der Partei die relativ eigenständigen Kreis- und Landesverbände wenig Interesse hatten, ihre Unterlagen an die KAS nach Bonn abzugeben.

Auch bei der KAS genossen in dieser Zeit die politische Bildungsarbeit, die Studienförderung und die internationale Arbeit in Lateinamerika und Afrika höhere Priorität als die Einrichtung eines Parteiarchivs der CDU.

Ab den 1970er Jahren setzte bei der CDU bezüglich der Notwendigkeit eines Parteiarchivs ein Umdenken statt. Nach der verlorenen Bundestagswahl von 1969 und den damit verbundenen Regierungsverlust hatte die CDU mit intensiven Bemühungen um die Reform der Partei begonnen, um so die Voraussetzungen für eine Rückkehr in die Regierungsverantwortung zu schaffen. Ziel der unter dem neuen Parteivorsitzenden Rainer Barzel<sup>26</sup> zögerlich begonnenen und von seinem Nachfolger Helmut Kohl energisch umgesetzten innerparteilichen Reformen war die Umwandlung der Partei von einem „Kanzler-

---

23 Protokoll über die Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 9. September 1968, in: ACDP 07-001-11344.

24 Brief von Wörner an Thedieck vom 9. Dezember 1968, ebd.

25 Vgl. Beaugrand: *Geschichte*, S. 293.

26 Rainer Barzel (1924–2006), 1957–1987 *MdB*, 1962–1963 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1971–1973 Bundesvorsitzender der CDU, 1982–1983 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983–1984 Präsident des Deutschen Bundestages.

wahlverein“ zu einer modernen Volkspartei.<sup>27</sup> Neben der Neuorganisation der Bundesgeschäftsstelle und der Professionalisierung der Parteiarbeit auf allen Ebenen<sup>28</sup> kam ein umfangreicher Diskussionsprozess zur Schärfung des programmatischen Profils in Gang<sup>29</sup>, welcher auch die Bereitschaft, sich mit der eigenen Geschichte und den erbrachten Leistungen auseinanderzusetzen, förderte. In diesem Sinne erklärte Helmut Kohl auf der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 17. September 1973, man könne „die CDU nicht verstehen, wenn man die CDU von gestern nicht kennt und begreift“<sup>30</sup>.

Bereits seit Mitte der 1960er Jahre wurden die Erfolge und Leistungen der christlich-demokratischen Politik während der Adenauer-Ära von der Gesellschaft und Wissenschaft zunehmend in Frage gestellt. Besonders in der Deutschland- und Ostpolitik wurden den Unionsparteien für die Zeitspanne 1949 bis 1969 in wissenschaftlichen Publikationen Versäumnisse vorgeworfen.<sup>31</sup> Auch führende Repräsentanten der CDU registrierten diese Entwicklung. So erklärte Helmut Kohl auf der oben erwähnten Bundesvorstandssitzung der CDU, dass von einigen historischen Lehrstühlen eine „Umschreibung der deutschen Geschichte“ von 1950 bis 1969 betrieben würde. Seiner Meinung nach könne diese nur durch den Aufbau eines Archivs der Christlich-Demokratischen Politik und der Ermöglichung des Zugangs zu den historisch relevanten Quellen abgewendet werden.<sup>32</sup>

Mit der Archivgründung war die Hoffnung verbunden, dass die Wissenschaft durch die bereitgestellten Unterlagen in die Lage versetzt werden könnte, ein realistisches Bild der Wirksamkeit christlich-demokratischer Politik zu zeichnen.<sup>33</sup> Ein erfolgreiches Vorbild stellte in dieser Hinsicht das AdsD dar.<sup>34</sup>

27 Grundlegend hierzu: Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985.

28 Vgl. Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart u. a. 2002, S. 99–114.

29 Vgl. ebd., S. 37–44.

30 Vgl. Helmut Kohl: Redebeitrag auf der Bundesvorstandssitzung vom 17. September 1973, Mitschnitt in: [www.kas.de/wf/de/71.3761/](http://www.kas.de/wf/de/71.3761/) (Abruf: 29. Mai 2013).

31 Vgl. Becker: Festvortrag, S. 12f. Als repräsentative Beispiele nennt Günter Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 27, die Publikationen Wolf-Dieter Narr: CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945. Stuttgart 1966, und von Gert Schäfer/Carl Nedelmann (Hg.): Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. München 1967.

32 Vgl. Kohl: Redebeitrag.

33 Vgl. Becker: Festvortrag, S. 12.

34 Vgl. Kurzexposé von Kai-Uwe von Hassel vom 20. Juni 1973 zu den Archiven der politischen Stiftungen, S. 1, in: ACDP 12-001-1371 (Bestand KAS).

Auch Kohl zollte dem AdsD in einem Brief vom 22. Oktober 1973 an Bruno Heck<sup>35</sup> Respekt: „Die SPD hat diese Frage, wie mir scheint, hervorragend gelöst. Schräg gegenüber vom Konrad-Adenauer-Haus befindet sich in einem großen Gebäude das AdsD, das mit Stiftungs- und öffentlichen Geldern gespeist wird und bereits eine Fülle von Publikationen vorgelegt hat. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du prüfen würdest, ob und welche Möglichkeiten zu einem ähnlichen Projekt im Rahmen der KAS bestehen würden.“<sup>36</sup>

Der spätere erste Archivleiter Klaus Gotto<sup>37</sup> begründete in seinem Archivplan von 1973 die Notwendigkeit eines Archivs für Christlich-Demokratische Politik u. a. mit der erfolgreichen Arbeit des AdsD: „Während die anderen demokratischen Parteien der Bundesrepublik insbesondere die SPD, über gutausgebaute, renommierte und effektiv ausgewertete Parteiarchive verfügen, sind die historisch relevanten Materialien der CDU, ihrer Untergliederungen, ihrer führenden Mitglieder und ihrer nahestehender Organisationen in einem für Auswertung und Forschung desolaten Zustand.“<sup>38</sup> Weiterhin bemerkte Gotto, dass im Gegensatz zur CDU die SPD bereits früh erkannt habe, „daß Traditionsbildung ein stabilisierendes Element ist, auf das gerade staatstragende Parteien nicht verzichten können“<sup>39</sup>.

Einigkeit bestand darin, dass rasch gehandelt werden musste, um der akuten Gefahr eines irreparablen Dokumentenverlusts zu begegnen. Viele Parteigründer und führende Persönlichkeiten der CDU befanden sich in einem fortgeschrittenen Alter oder waren bereits verstorben, ohne dass ihr schriftlicher Nachlass gesichert war.<sup>40</sup>

---

35 Bruno Heck (1917–1989), 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957–1976 MdB, 1962–1968 Bundesminister für Familien- und Jugendfragen bzw. seit Herbst 1963: für Familie und Jugend, 1966–1971 Generalsekretär der CDU, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

36 Schreiben von Kohl an Bruno Heck vom 22. Oktober 1973, in: ACDP 12-001-1371.

37 Klaus Gotto (geb. 1943), 1969–1975 Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte e. V., 1975–1989 Leiter des ACDP, 1989–1993 Unterabteilungsleiter im Bundeskanzleramt und Leiter der Gruppe 51: Politische und gesellschaftliche Analysen, 1993–1998 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Inland im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, seit 1998 freiberufliche Tätigkeit beim Meinungsforschungsinstitut dimap in Bonn.

38 Plan für ein Archiv der christlichen Demokratie von Klaus Gotto vom 8. Juni 1973, S. 1, in: ACDP 12-001-1278.

39 Plan für ein Archiv der christlichen Demokratie, S. 2, ebd.

40 Schreiben von Gotto an Leo Baumanns vom 13. März 1974, ebd.

*Die „Gründerväter“ des ACDP: Heinrich Krone, Bruno Heck und Helmut Kohl*

Mit Heinrich Krone<sup>41</sup>, Bruno Heck und Helmut Kohl haben sich drei führende Repräsentanten der CDU unterschiedlicher Generationen und aus unterschiedlicher Motivation heraus besonders für die Einrichtung eines Archivs für Christlich-Demokratische Politik in der KAS hervorgerufen.

Heinrich Krone wollte mit der Einrichtung des Archivs vor allem einen Quellenverlust bei der CDU, wie es ihn bei der katholischen Zentrumsparlei mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Geschichtsschreibung gegeben hatte, verhindern.<sup>42</sup> Nach seiner aktiven Politikerzeit sorgte er sich verstärkt um die historische Würdigung der Leistung des Gründungskanzlers und des Beitragenden der Unionsparteien zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland.

Wie aus seinem Nachlass hervorgeht, verfolgte Heinrich Krone seit 1973 intensiv die Bemühungen der KAS, ein Archiv für christlich-demokratische Politik einzurichten. Eine Akte in seinem Nachlass belegt, dass ihm alle wichtigen Schreiben und Konzepte betreffend die Gründung des ACDP zur Kenntnis gegeben wurden.<sup>43</sup> „Sie wissen, lieber Herr Kohl, daß die Sozialdemokratie eine eigene wissenschaftliche Stelle hat, die sich der geschichtlichen Aufarbeitung der sozialdemokratischen Politik seit 1949 widmet (...). Zu dem Wenigen, das ich mir für die letzten Jahre vorgenommen habe, gehört, daß auch auf unserer Seite ein ähnliches Archiv endlich seine Arbeit aufnimmt“, heißt es in einem Schreiben vom 22. November 1974 an den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl.<sup>44</sup> Auch über seine enge persönliche Verbindung zu Klaus Gotto war Krone stets über den aktuellen Stand der Planungen informiert.<sup>45</sup> Gotto, einer der ersten Stipendiaten der Begabtenförderung der KAS, stand aufgrund seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte<sup>46</sup> mit Hein-

41 Heinrich Krone (1895–1989), 1923–1933 stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Zentrumsparlei und Vorsitzender des Reichsverbandes der Windthorstbünde, 1925–1933 MdR, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, 1949–1969 MdB, 1951–1955 Geschäftsführer und 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1958–1964 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, 1961–1964 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1964–1966 Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates.

42 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

43 Vgl. Faszikel „Konrad-Adenauer-Stiftung“, in: ACDP 01-028-027/1 (Nachlass Heinrich Krone).

44 Schreiben von Krone an Kohl vom 22. November 1974, ebd.

45 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012. Nach Auskunft Gottos habe er Krone in wöchentlichen Gesprächen über den Stand der Dinge informiert.

46 Bei der Kommission für Zeitgeschichte e.V. handelt es sich um eine außeruniversitäre Einrichtung, die 1962 u. a. von Konrad Reppen, Rudolf Morsey und Heinrich Krone gegründet worden war. Die Kommission beschäftigt sich mit der Erforschung der Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Vgl. Kommission für Zeitgeschichte (Hg.): Aufgaben und Organisation, in: [www.kfzge.de/index.html](http://www.kfzge.de/index.html) (Abruf: 29. Mai



rich Krone in engem Kontakt und war somit ebenfalls federführend in den Gründungsprozess des Archivs eingebunden.<sup>47</sup>

Anders als noch 1968 setzte sich seit Anfang der 1970er Jahre der Vorsitzende der KAS, Bruno Heck, mit wachsender Intensität für die Einrichtung eines Parteiarchivs in seinem Hause ein. Heck, der als ehemaliger Bundesminister, Bundesgeschäftsführer und Generalsekretär der CDU starken politischen Einfluss besessen hatte, suchte nach dem Ausscheiden aus diesen Ämtern nach neuen Möglichkeiten zur politischen Profilierung. Diese fand er im Amt des Vorsitzenden der KAS und unterstützte daher die Bestrebungen Krones und Gottos zur Einrichtung eines Archivs. Mit zunehmendem Erfolg gewann dieses auch in den Augen des Stiftungsvorsitzenden an Bedeutung, weshalb er Gotto bei dessen Aufbau und Leitung weitgehend freie Hand ließ.<sup>48</sup>

Helmut Kohl, selbst promovierter Historiker, wusste um die Bedeutung von Archiven für die geschichtswissenschaftliche Forschung. Er forcierte sofort nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDU die Bemühungen zum Aufbau eines Parteiarchivs der CDU. Auf der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 17. September 1973 erklärte Kohl, dass es sich bei diesem Projekt nicht um die „Sprintisiererei von ein paar Historikern“<sup>49</sup> handelt.

### *Aufbau des ACDP*

Ab 1971 begann man bei der KAS wieder über die Einrichtung eines Archivs zu diskutieren. Voraussetzung für den Archivaufbau war eine gesicherte Finanzierung. Daher konzentrierte sich die Stiftung zunächst hauptsächlich auf die Einwerbung von Fördermitteln von der Stiftung Volkswagenwerk, wie sie die Friedrich-Ebert-Stiftung 1966 für den Grundstückserwerb und den Bau des Archivgebäudes erhalten hatte.<sup>50</sup>

Erste Gespräche im Dezember 1971 und im Februar 1972 mit der Stiftung Volkswagenwerk ergaben jedoch, dass aufgrund geänderter Richtlinien eine Förderung des Archivaufbaus nicht mehr möglich war.<sup>51</sup> Trotz dieses negativen Bescheids hielt der Vorstand der KAS an einer Aufbaufinanzierung durch die Stiftung Volkswagenwerk fest, da man der Ansicht war, dass nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung der KAS nicht die Fördermittel verwehrt werden

---

2013). Informationen zur Gründung und den Gründern der Kommission für Zeitgeschichte vgl. Rudolf Morsey: Gründung und Gründer der Kommission für Zeitgeschichte 1960–1962, in: Historisches Jahrbuch 115 (1995), S. 453–485.

47 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

48 Vgl. ebd.

49 Kohl: Redebeitrag.

50 Vgl. Bungert: Zu retten, S. 85. Vgl. Protokoll über die Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 22. Oktober 1971 in Bonn, S. 3, in: ACDP 07-001-11414.

51 Vgl. Vermerk vom 28. Februar 1972 von Heinz Wienke für Bruno Heck über ein Gespräch mit der Stiftung Volkswagenwerk am 24. Februar 1972, in: ACDP 12-001-1278.

dürften, welche die Friedrich-Ebert-Stiftung wenige Jahre zuvor für das gleiche Projekt erhalten hatte.

Man versuchte nun, über ein groß angelegtes Forschungsprojekt, für das ein Archiv unabdingbar war, Fördermittel einzuwerben. Hierzu arbeitete der Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der KAS, Werner Kaltefleiter<sup>52</sup>, eine Projektbeschreibung für den Aufbau eines Archivs der Christlichen Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt aus.<sup>53</sup> Zusätzlich prüfte man weitere Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung für den Archivaufbau. Kai-Uwe von Hassel<sup>54</sup> erstellte nach der Vorstandssitzung der KAS vom 14. Juni 1973 ein Kurzexposé zur Finanzierung der Archive in den Politischen Stiftungen. Darin griff er einen ihm 1972 in Funktion als Präsident des Deutschen Bundestages vom Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Alfred Nau, gemachten, damals aber gescheiterten Vorschlag wieder auf, ab 1974, aus Anlass des 25. Jahrestages des Inkrafttretens des Grundgesetzes, Mittel für die Parteiarchive im Etat des Deutschen Bundestages einzustellen.<sup>55</sup>

Von Hassel argumentierte in dieser Ausarbeitung, dass es aufgrund der vom Artikel 21 des Grundgesetzes den Parteien zugewiesenen Aufgaben und dem Umstand, dass „diese ihr Zentrum in den parlamentarischen Vertretungen haben“<sup>56</sup>, notwendig sei, die Archivarbeit der Politischen Stiftungen im Haushalt des Deutschen Bundestages zu berücksichtigen. Diese sollten aber nur für die laufenden Kosten des Archivs verwendet werden. Die Finanzierung des Archivbaus sollte weiterhin über Fördermittel der Stiftung Volkswagenwerk erfolgen.<sup>57</sup>

Zudem verhandelten u. a. Kai-Uwe von Hassel und Bruno Heck mit Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, der in dieser Funktion auch für die Mittelvergabe an die Politischen Stiftungen zuständig war, über eine Aufstockung der Zuwendungen.<sup>58</sup> Auf der Vorstandssitzung der KAS am 21. Januar 1974 berichtete Heck dem Vorstand, dass der Bundesinnenminister „den Nach-

52 Werner Kaltefleiter (1937–1998), 1970–1998 Professor an der Universität Kiel, 1970–1974 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung.

53 Vgl. Schreiben von Heck an Paul Mikat vom 12. Juli 1972, in: ACDP 12-001-1278.

54 Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), 1950–1965 MdL Schleswig-Holstein, 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1953–1954 und 1965–1980 MdB, 1955–1964 Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein, 1956–1969 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1966–1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1969–1972 Präsident und 1972–1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestages, 1979–1984 MdEP.

55 Vgl. Schreiben von von Hassel an Heck vom 18. Juni 1973, in: ACDP 12-001-1371.

56 Kurzexposé von Kai-Uwe von Hassel, S. 2f., ebd.

57 Vgl. ebd., S. 3.

58 Vgl. Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes und des Gewerkschaftlichen Beirates der Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. September 1973, S. 3, in: ACDP 12-001-1371.

holbedarf der KAS erkannt habe und [...] anstrebe, Mittel im Bundeshaushalt für diesen Zweck auszuweisen.“<sup>59</sup>

Die Bemühungen um Fördermittel der Stiftung Volkswagenwerk blieben indes weiterhin erfolglos. Auf der Vorstandssitzung der KAS am 4. November 1974 wurde festgestellt, dass eine finanzielle Förderung für den Aufbau des ACDP angesichts der Besetzung des Kuratoriums der Stiftung Volkswagenwerk nur über eine Intervention auf höchster Ebene zu erreichen sei.<sup>60</sup>

Allen Bemühungen zum Trotz gelang es der KAS nicht, eine vergleichbare finanzielle Förderung, wie sie die Friedrich-Ebert-Stiftung für den Archivbau erhalten hatte, bei der Stiftung Volkswagenwerk einzuwerben. Immerhin sollte sie später bei der archivtechnischen Ausstattung der Räumlichkeiten im neuen Stiftungsgebäude in Sankt Augustin und bei den ersten Forschungsprojekten Fördermittel der Stiftung Volkswagenwerk in Anspruch nehmen können.<sup>61</sup>

### *Archivkonzepte*

Parallel zur Diskussion um die Finanzierung des Archivaufbaus gab es mit den Ausarbeitungen von Kaltefleiter und Gotto die ersten Konzeptionen<sup>62</sup> für ein Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Nachdem – wie geschildert – die Bemühungen um eine Finanzierung des Archivbaus mit Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk gescheitert waren, wurde seitens der KAS der Versuch unternommen, über ein umfangreiches Forschungsprojekt zur Christlichen Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt an Fördergelder zu kommen.

Ziel des Projektes sollte es sein, die Entwicklung und Wirksamkeit der politischen Idee der Christlichen Demokratie, die spätestens seit Ende des Zweiten Weltkrieges in vielen Staaten „gleichberechtigt neben die Ideen des Sozialismus und des Liberalismus“<sup>63</sup> trat, umfassend zu erforschen. Hierfür bedürfe es aber eines Archivs, mit dessen Aufbau sofort begonnen werden müsse. In diesem Archiv sollten die Materialien zum einen nach der geografischen Herkunft und zum anderen nach inhaltlichen Gesichtspunkten ausgewertet und mit Hilfe der EDV erschlossen und archiviert werden.

Im Sommer 1973 wurde der Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte, Klaus Gotto, von Heinrich Krone gebeten, ebenfalls eine Skizze für

---

59 Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Präsidiums der CDU am 21. Januar 1974, S. 2, in: ACDP 07-001-11581.

60 Vgl. Protokoll über die Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 4. November 1974, ebd.

61 Gespräch mit Günter Buchstab am 24. Mai 2012.

62 Vgl. Projektbeschreibung für das Archiv für Christliche Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt von Prof. Dr. Werner Kaltefleiter, in: ACDP 12-001-1278. Plan für ein Archiv der Christlichen Demokratie, ebd.

63 Projektbeschreibung Kaltefleiter, S. 1, ebd.

den Aufbau eines Archivs der Christlichen Demokratie zu entwerfen, was dieser unter der Bedingung, nicht später den Plan federführend umsetzen zu müssen, auch tat.<sup>64</sup>

Im ersten Teil seiner Konzeption stellte Gotto fest, dass alle Parteien außer der CDU „über gut ausgebaute, renommierte und effektiv ausgewertete Parteiarchive“ verfügten. Die historisch bedeutsamen Unterlagen der CDU mit ihren Untergliederungen und ihrer führenden Repräsentanten hingegen seien „in einem für Auswertung und Forschung desolaten Zustand“. Es gebe keine Einrichtung, welche diese Materialien systematisch sammle, ordne, erschließe und deren wissenschaftliche Auswertung anrege. Daher müsse anstelle „des bisherigen Wildwuchses ein sammelndes, archivierendes und initiierendes Archiv der christlichen Demokratie“ eingerichtet werden.

Dessen Aufgabe sei es, das Partei- und Fraktionsschriftgut der CDU zu sammeln, systematisch nach Nachlässen führender Christdemokraten zu suchen und zu übernehmen, zur wissenschaftlichen Auswertung des Archivbestandes anzuregen und selbst publizistisch tätig zu werden. Es könne dafür gesorgt werden, dass zum einen das „Geschichtsbild der Bundesrepublik [...] nicht allein von den Materialien und deren Auswertung der anderen Parteien bestimmt“ werde und zum anderen Wissenschaftler, die gern zu CDU-Themen arbeiten würden, nicht „von den vielen Zufälligkeiten der Materialbeschaffung“, abgeschreckt würden, wie es bisher häufig der Fall sei. Zudem sei die CDU „ihrem Selbstwertgefühl die Pflege ihrer Geschichte und Tradition schuldig.“ Das künftige Archiv sei den anderen Instituten der KAS gleichzustellen.<sup>65</sup>

Im Vergleich zu dem von Gotto ausgearbeiteten Archivkonzept, welches sich, vermutlich aufgrund seiner Erfahrungen als Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte, wo ebenfalls ein wissenschaftliches Archiv aufgebaut worden war, an archivfachlichen Ansprüchen orientierte, überwiegen in der von Kaltefleiter verfassten Projektbeschreibung die Bedürfnisse aus sozial- und politikwissenschaftlicher Sicht. Besonderen Stellenwert genießen in dieser Konzeption der Bereich Oral History sowie die „Erfassung der öffentlichen und veröffentlichten Meinung“, die ein gewichtiges Argument darstellten, die für den sofortigen Aufbau des Archivs sprachen, da „jede zeitliche Verschiebung des Arbeitsbeginns [...] einen Informationsverlust“ bedeuten würde.

Bei der Ordnung der Materialien ließ sich Kaltefleiter von sozial- und politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten leiten. Seinen Vorstellungen nach sollten die Materialien und erhobenen Informationen zunächst nach der geografischen Herkunft gegliedert werden. Innerhalb dieser geografischen Gliederung sollten die Unterlagen zusätzlich nach inhaltlichen Gesichtspunkten unterglie-

---

64 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

65 Plan für ein Archiv der Christlichen Demokratie, in: ACDP 12-001-1278.

dert werden. Aufgrund der Besonderheit dieser Ordnung, müsse das „Sammeln und Lagern der Materialien nach sozialwissenschaftlich-systematischer Fragestellung“<sup>66</sup> von Sozialwissenschaftlern vorgenommen werden.

Auch wenn dieses Konzept wegen der eklatanten Verletzung des Provenienzprinzips nicht den Ansprüchen eines klassischen Archivs entspricht, ist hier bereits an ein wichtiges Sammlungsgebiet – die Presse – gedacht, welches in Form der Presse- und Mediendokumentation neben dem Schriftgutarchiv und der Bibliothek die dritte Säule des ACDP darstellt.

### *Planungen zum Archivaufbau*

Der von Kaltefleiter ausgearbeitete Projektantrag sollte auf der Vorstandssitzung der KAS am 4. Dezember 1972 vorgestellt und diskutiert werden. Diese Sitzung wurde jedoch kurzfristig auf den 18. Dezember 1972 verschoben und der Tagesordnungspunkt Archiv gestrichen. Auch auf den nachfolgenden Vorstandssitzungen am 12. März 1973 und 6. April 1973 wurde Kalteleiters Projektantrag nicht behandelt.<sup>67</sup>

Offenbar wurde der Weg, über ein groß angelegtes Forschungsprogramm zur Entwicklung und Wirksamkeit der Christlichen Demokratie Fördermittel für einen Archibau von der Stiftung Volkswagenwerk zu erhalten, vom Vorstand der KAS nicht weiter verfolgt. Nachdem Helmut Kohl am 12. Juni 1973 vom 21. Bundesparteitag der CDU in Bonn zum neuen Bundesvorsitzenden der CDU gewählt worden war, erhielt das Projekt „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ innerhalb der KAS zusätzliche Unterstützung. Nach der Vorstandssitzung der KAS am 17. September 1973 stellte Helmut Kohl noch am gleichen Tag auf der Bundesvorstandssitzung der CDU, an der auch die Landesvorsitzenden teilnahmen, das Projekt vor und bat um tatkräftige Unterstützung bei der Realisierung.

Der entscheidende Anstoß, 1974 endgültig mit dem Aufbau eines Archivs der Christlichen Demokratie zu beginnen, war der 1976 bevorstehende 100. Geburtstag von Konrad Adenauer, der sowohl von der CDU als auch von der KAS in besonderer Weise gewürdigt werden sollte.<sup>68</sup>

Für die Einrichtung des Archivs hatte der Hauptgeschäftsführer der KAS, Leo Baumanns<sup>69</sup>, einen Stufenplan entwickelt. Danach sollte der Archivaufbau, 1974 beginnend, schrittweise bis 1975 erfolgen. Neben Baumanns und

---

66 Projektbeschreibung Kaltefleiter, S. 11, ebd.

67 Vgl. Einladungen und Protokolle zu den Sitzungen des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung am 4. Dezember 1972, 18. Dezember 1972, 12. März 1973 und 6. April 1973, in: ACDP 07-001-11415.

68 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

69 Leo Baumanns, 1972–1974 Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Kaltefleiter waren mit Klaus Gotto, Helmuth Pütz<sup>70</sup> und Karl-Heinz Bilke<sup>71</sup> Vertreter der Kommission für Zeitgeschichte e.V., der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und der CDU-Bundesgeschäftsstelle an den Planungen beteiligt. Für die Ausarbeitung des Stufenplans führte Baumanns vom 19. April 1974 bis zum 14. Mai 1974 mit ihnen mehrere Gespräche.<sup>72</sup> Der Stufenplan sah vor, dass zwischen Mai und September 1974 zunächst geeignete Räumlichkeiten für die provisorische Unterbringung des Archivs gefunden werden sollten. Des Weiteren sollte in dieser Zeitspanne mit der Ausarbeitung der Archivtekonik und des Verzeichnungssystems begonnen werden. Außerdem waren noch die Vorbereitung einer Briefaktion des CDU-Bundesvorsitzenden und die Ausarbeitung eines Akquisitionsreiseplans vorgesehen. In der zweiten Phase von Oktober 1974 bis Dezember 1974 sollte vor allem die Sichtung und Übernahme von Materialien im Vordergrund stehen. In der dritten Phase von Januar 1975 bis Juli 1975 sollten die Arbeiten in einem Mietobjekt, das mindestens über vier Büros und einen 250 m<sup>2</sup> großen und archivarischen Ansprüchen genügenden Lagerraum verfügen sollte, aufgenommen werden. In personeller Hinsicht sah der Stufenplan zunächst sechs Personalstellen vor: ein Dokumentationsleiter, zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, zwei Sekretärinnen und ein Archivar.

Auf einer weiteren Besprechung am 10. Oktober 1974 bemerkte Gotto, dass die Errichtung des Archivs nur Sinn ergeben würde, wenn der Bundesverband der CDU und die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag kontinuierlich ihr Schriftgut an das künftige Archiv abgeben würden und von Anfang an „eine gewisse finanzielle Ausstattung und ein Mitarbeiterstab“ vorhanden wären. Zudem seien neben der Akquisition auch die Auswertung der übernommenen Unterlagen und die Aufnahme einer publizistischen Tätigkeit zwingend notwendig. Dabei dürfe das künftige Archiv aber nicht ausschließlich „zu ad hoc-Aussagen der Partei benutzt“ und „kein von den Interessen einzelner Wissenschaftler bestimmtes Institut werden“: Als eine der ersten bibliothekarischen Aufgaben solle eine Bibliographie zu den von der CDU-Bundespartei veröffentlichten Publikationen erstellt werden.<sup>73</sup>

70 Helmuth Pütz (geb. 1940), bis 1974 Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1974–1978 Mitarbeiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

71 Karl-Heinz Bilke (1934–1984), 1967–1970 Leiter der Abteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1970–1973 Stellvertretender CDU-Bundesgeschäftsführer, 1973–1978 CDU-Bundesgeschäftsführer, 1978–1984 Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung.

72 Vgl. Vermerk von Leo Baumanns vom 20. Mai 1974 für Bruno Heck, in: ACDP 12-001-1278.

73 Protokoll über ein Gespräch vom 10. Oktober 1974 zum Aufbau des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, ebd.

*Überlegungen zur Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirats und eines Politischen Beirats*

Um die Verbindung zu den Universitäten aufrecht zu erhalten, sollte ein Wissenschaftlicher Beirat eingerichtet werden. In den Politischen Beirat sollten nur Personen berufen werden, die auch „Interesse, Zeit und Einfluß haben“<sup>74</sup>. Weiterhin sollten bevorzugt ehemalige Mitglieder des Bundeskabinetts in den Politischen Beirat berufen werden.

Am 22. Mai 1974 lud Baumanns neben Gotto, Pütz und Kaltefleiter auch Warnfried Dettling<sup>75</sup> von der CDU-Bundesgeschäftsstelle sowie die Historiker und Mitbegründer der Kommission für Zeitgeschichte e. V., Rudolf Morsey<sup>76</sup> und Konrad Repgen<sup>77</sup>, zu einer Besprechung am 7. Juni 1974 in die KAS ein.

Neben dem Beschluss, dass das künftige Archiv den Namen „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ tragen sollte, wurde hauptsächlich über die Einrichtung und Besetzung eines Wissenschaftlichen sowie eines Politischen Beirates diskutiert. Unter anderem waren Repgen als Vorsitzender und Morsey als Stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates vorgesehen. Als weitere Mitglieder wurden u. a. Hans-Peter Schwarz<sup>78</sup>, Alexander Hollerbach<sup>79</sup> und Roman Herzog<sup>80</sup> genannt. Dem Politischen Beirat sollten neben den führenden CDU-Parteireformern Helmut Kohl, Bruno Heck und Kurt Bie-

74 Ebd.

75 Warnfried Dettling (geb. 1943), 1973–1983 Leiter der Planungsgruppe, später auch der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1983–1991 Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. 1991–1992 Leiter der Grundsatzabteilung im baden-württembergischen Staatsministerium.

76 Rudolf Morsey (geb. 1927), 1968–1998 Präsident der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn, 1970–1996 Professor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, Mitglied der Kommission für Zeitgeschichte.

77 Konrad Repgen (geb. 1923), 1962–1967 Professor an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken, 1962–1990 Vorsitzender der Kommission für Zeitgeschichte, 1967–1988 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Bonn.

78 Hans-Peter Schwarz (geb. 1934), Politikwissenschaftler und Zeithistoriker; 1963–1966 Pädagogische Hochschule Osnabrück, 1966–1973 Universität Hamburg, 1973–1987 Universität Köln, 1987–1999 Universität Bonn.

79 Alexander Hollerbach (geb. 1931), 1966–1969 Ordinarius für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Mannheim, 1969 – 1996 Ordinarius für Rechts- und Staatsphilosophie, Geschichte der Rechtswissenschaft und Kirchenrecht an der Universität Freiburg i. Br. und Direktor des Seminars für Rechtsphilosophie und Kirchenrecht.

80 Roman Herzog (geb. 1934), 1964–1973 Privatdozent und Professor für Staatsrecht in München, Berlin und Speyer, 1971–1980 Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD, 1973–1978 Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz am Sitz der Bundesregierung, 1978–1980 Minister für Kultus und Sport des Landes Baden-Württemberg, 1978–1983 Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, 1980–1983 MdL und Innenminister von Baden-Württemberg, 1983–1987 Vizepräsident und 1987–1994 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, 1994–1999 Bundespräsident.

denkopf<sup>81</sup> noch der Hauptgeschäftsführer der KAS sowie Vertreter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und zwei CDU-Landesvorsitzende angehören. Über die Kompetenzen dieser Gremien wurde auf dieser Sitzung nicht gesprochen.<sup>82</sup>

Bezüglich der Besetzung des Wissenschaftlichen Beirates meldeten Gotto und Morsey Bedenken an. Gotto war der Meinung, dass auch Anneliese Poppinga<sup>83</sup>, eine enge Mitarbeiterin Adenauers, und Hans Günter Hockerts,<sup>84</sup> der über detaillierte Kenntnisse zur Innenpolitik der 1950er Jahre verfüge, diesem Gremium angehören sollten. Zudem sollten, bevor die Berufungen erfolgten, zunächst die Kompetenzen und Funktionen des Wissenschaftlichen Beirats festgelegt werden.<sup>85</sup>

Morsey war auch der Meinung, dass zwecks Abgrenzung zu anderen Institutionen wie der Kommission für Zeitgeschichte und der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus<sup>86</sup> ein klares Sammlungsprofil definiert werden müsse. Hinsichtlich des Politischen Beirates plädierte Morsey für eine Erweiterung. Vor allem sollten mehr als zwei Vertreter der CDU-Landesverbände diesem Gremium angehören, da diese bei der Akquisition bezüglich der Kontaktaufnahme gute Dienste leisten könnten.<sup>87</sup>

Nach ausführlicher Beratung mit Krone, Morsey und Repgen präzisierte Gotto am 9. Dezember 1974 gegenüber Heck seine Vorstellungen.<sup>88</sup> Danach sollte das Archiv als ein eigenständiges Institut, das nur dem Vorstand der KAS unterstellt sei, eingerichtet werden. Weiterhin sollte es zu einer zentralen und umfassenden Dokumentationsstelle ausgebaut werden und durch eigene wissenschaftliche Publikationen die Geschichte und Wirksamkeit der christlichen Parteien in der Bundesrepublik erforschen. Ein Organisationsstatut sollte „die

81 Kurt Biedenkopf (geb.1930), 1964–1970 Professor für Bürgerliches Recht in Bochum (1967–1969 Rektor), 1971–1973 Geschäftsführer der Henkel GmbH, 1973–1977 Generalsekretär der CDU, 1976–1980 und 1987–1990 MdB, 1980–1988 MdL Nordrhein-Westfalen, 1980–1984 Vorsitzender des Landespräsidiums und 1986–1987 Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen, 1990–2004 MdL Sachsen, 1990–2002 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, 1991–1995 Vorsitzender der CDU Sachsen.

82 Vgl. Vermerk von Leo Baumanns vom 10. Juni 1974 für Bruno Heck, in: ACDP 12-001-1278.

83 Anneliese Poppinga (geb. 1928), 1958–1963 Sekretärin von Bundeskanzler Konrad Adenauer, 1963–1967 wissenschaftliche Assistentin Konrad Adenauers, 1967–1990 Geschäftsführerin der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

84 Hans Günter Hockerts (geb. 1944), 1986–2009 Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Universität München.

85 Vgl. Schreiben von Klaus Gotto an Leo Baumanns vom 2. Juli 1974, in: ACDP 12-001-1278.

86 Die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus ist eine bundesunmittelbare Stiftung. Sie verwahrt den Nachlass von Konrad-Adenauer und ist die Herausgeberin der Rhöndorfer Ausgaben ([www.adenauerhaus.de](http://www.adenauerhaus.de), Abruf: 17. Mai 2013).

87 Vgl. Schreiben von Morsey an Baumanns vom 4. Juli 1974, in: ACDP 12-001-1278.

88 Vgl. Schreiben von Gotto an Heck vom 9. Dezember 1974, ebd.



Erlaubnis zur Archivbenutzung, die Planung und Festlegung der Arbeitsvorhaben des Instituts, die Herausgabe der Publikationen, die Finanzgestaltung und die Personalfragen<sup>89</sup> regeln.

Gotto selbst stand Beiräten eher skeptisch gegenüber, da er nicht sachgerechte Einflussnahmen und Verzögerungen bei schnell zu treffenden Entscheidungen durch langwierige Beratungen der Beiräte befürchtete.<sup>90</sup> Daher versuchte er, den Einfluss des Wissenschaftlichen Beirats auf das Archiv so gering wie möglich zu halten. Nur bei Publikationsprojekten sollten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats ausschlaggebend für die Veröffentlichung sein und dieser ansonsten auf eine rein beratende Funktion beschränkt werden.<sup>91</sup>

Die Diskussion über die Einrichtung von Beiräten ebte aber sehr schnell ab. In der von Bruno Heck unterzeichneten Aufgabenbeschreibung des Archivs vom 10. März 1975 heißt es zu den Beiräten lediglich: „Dem Archiv kann ein Wissenschaftlicher Beirat zugeordnet werden, dessen vornehmliche Aufgaben in der Anregung von Arbeitsvorhaben und in der Begutachtung vorgesehener Publikation bestehen. Die Berufung der Mitglieder eines solchen Beirates erfolgt durch den Vorsitzenden der KAS auf Vorschlag des Leiters des Archivs.“<sup>92</sup>

Gotto konnte also seine Vorstellungen weitestgehend durchsetzen. Tatsächlich wurde dieser Wissenschaftliche Beirat erst 1993 mit der Begründung der vom ACDP herausgegebenen Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen“<sup>93</sup> in Form des sogenannten HPM-Beirats unter Gottos Nachfolger Günter Buchstab ins Leben gerufen.<sup>94</sup> Zur Einrichtung eines Politischen Beirates ist es nie gekommen.

### *Gründung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)*

Im erwähnten Schreiben des Vorsitzenden der KAS an Klaus Gotto wurden die Aufgaben des ACDP folgendermaßen festgelegt:

1. systematische Sammlung und Ordnung von historisch bedeutsamen Unterlagen der christlichen Parteien, ihrer Untergliederungen und nahestehenden Organisationen und ihrer führenden Repräsentanten und Funktionsträger,
2. Vorbereitung der übernommenen Unterlagen für die wissenschaftliche Auswertung und Anregung der wissenschaftlichen Auswertung,
3. Aufbau einer Bibliothek,

---

89 Ebd.

90 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

91 Vgl. Schreiben von Gotto an Heck vom 9. Dezember 1974, in: ACDP 12-001-1278.

92 Vgl. Schreiben von Heck an Gotto vom 10. März 1975, ebd.

93 Die bisher erschienenen Ausgaben der Historisch-Politischen Mitteilungen können auf der Homepage des ACDP abgerufen werden ([www.kas.de/wf/de/34.10](http://www.kas.de/wf/de/34.10), Abruf: 17. Mai 2013).

94 Vgl. Gespräch mit Günter Buchstab am 24. Mai 2012.

#### 4. selbständige wissenschaftliche Tätigkeit des Archivs und Veröffentlichung seiner Forschungsergebnisse.

Damit war die Gründung des ACDP vollzogen. Das Archiv blieb für das restliche Jahr 1975 zunächst dem Vorstandsbüro zugeordnet, erhielt ab 1976 aber, wie von Gotto gewünscht, den Status eines selbständigen Instituts.<sup>95</sup>

#### *Archivräumlichkeiten*

Als das ACDP der KAS im Januar 1976 offiziell als ein eigenständiges Institut seinen Betrieb aufnahm, verfügte es lediglich über einige wenige angemietete Büroräume in der Adenauerallee 118 in Bonn, die nicht im Geringsten den Grundanforderungen eines Archivs entsprachen.<sup>96</sup>

Von der Gründung an waren die Zentrale Verwaltung und die einzelnen Institute der KAS auf Standorte in Bonn, Alfter und in Eichholz verteilt. Um alle Institute, abgesehen von der Politischen Akademie in Eichholz, unter einem Dach zu vereinen, hatte der Vorstand der KAS am 6. November 1974 beschlossen, in Sankt Augustin einen Neubau errichten zu lassen. Am 24. November 1975 erfolgte im Beisein von Helmut Kohl die Grundsteinlegung. Bereits ein Jahr später konnten die neuen Räumlichkeiten bezogen werden.<sup>97</sup>

Für das ACDP ergab sich zunächst das Problem, dass auch im Stiftungsneubau keine Räumlichkeiten vorgesehen waren. Die Bauplanungen für den Neubau waren bereits abgeschlossen, als der Beschluss zum Aufbau des Archivs getroffen wurde. Die notwendigen Räumlichkeiten für das Archiv und der Bibliothek konnten aber nachträglich in den bereits fertig gestellten Neubau in Sankt Augustin integriert werden.<sup>98</sup>

Nach den erforderlichen Umbauten verfügte das Archiv schließlich neben einem 300 m<sup>2</sup> großen Magazinraum mit einer fahrbaren Regalanlage, die bereits 1977 um eine zweite erweitert werden musste, außerdem über ein Fotostudio und ein vollwertig ausgestattetes Fotolabor. Damit war man in der Lage, selbständig Mikrofilme und andere Reproduktionen anfertigen zu können.<sup>99</sup>

95 Vgl. Schreiben von Heck an Gotto vom 10. März 1975, in: ACDP 12-001-1278.

96 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 28.

97 Vgl. „Das neue Haus wird eingeweiht“. Presseinformation Nr. 6, 23. Mai 1977, in: ACDP 07-001-12253.

98 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 28.

99 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76. Sankt Augustin 1977, S. 85. Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '77. Sankt Augustin 1978, S. 79.

*Bestandsaufbau*

Als neugegründete Institution verfügte das ACDP über keinerlei Aktenbestände. Sammlungsprofil und Archivtektonik waren ebenfalls noch nicht ausgearbeitet. Bevor überhaupt Unterlagen von Politikern und den Landes- und Kreisverbänden der CDU übernommen werden konnten, musste zunächst deren Verbleib recherchiert werden. Denn im Gegensatz zu dem staatlichen und kommunalen Schriftgut unterliegt das Parteischriftgut keinerlei gesetzlichen Abgabeverpflichtungen.<sup>100</sup>

Die Recherchen ergaben ein ernüchterndes Ergebnis. Nicht selten waren viele Altunterlagen der Verbände verschollen oder bereits vernichtet worden.<sup>101</sup> Als herausragende Beispiele, deren Verlust besonders schmerzhaft war, seien hier die Altregistraturen der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU und des Landesverbandes Hessen genannt.<sup>102</sup> Einige Parteiunterlagen hatten zumindest den Weg in staatliche oder kommunale Archive gefunden.<sup>103</sup>

Des Weiteren mussten die Landes- und Kreisverbände der CDU darüber informiert werden, dass von nun an eine Institution bei der KAS bestand, welche das Parteischriftgut der Kreisverbände übernahm, erschloss und für die wissenschaftliche Auswertung zur Verfügung stellte. Bereits am 20. Januar 1976 erhielt der Archivleiter Klaus Gotto die Möglichkeit, auf der Landesgeschäftsführerkonferenz der CDU das ACDP mit seinen Aufgaben und Zuständigkeiten vorzustellen.<sup>104</sup> Die Delegierten und Gäste des 24. Bundesparteitages der CDU, der vom 24. bis 26. Mai 1976 in Hannover stattfand, wurden vom Parteivorsitzenden Kohl in einem Schreiben über das Bestehen und die Aufgaben des ACDP informiert und um die Abgabe von Akten gebeten.<sup>105</sup>

---

100 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 28f.

101 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76, S. 85.

102 Vgl. Angela Keller-Kühne, Methodische Aspekte der Bewertung, Ordnung und Verzeichnung eines Politikernachlasses. Darstellung am Beispiel der Akten des ehemaligen Deutschen Außenministers Gerhard Schröder. Vortrag auf dem Deutschen Archivtag 1999 ([www.kas.de/upload/dokumente/acdp\\_schroeder.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/acdp_schroeder.pdf), Abruf: 29. Mai 2013). Günter Buchstab: Die Bedeutung von Nachlässen für die Archive der politischen Stiftungen, in: Mitteilungen der Fachgruppe 6 13 (1987), S. 54.

103 Vgl. Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hg.): Die Bestände des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs. Kurzübersicht. Dritte, Neubearb. und erw. Auflage Düsseldorf 1994, S. 488–502.

104 Vgl. Protokoll über die Landesgeschäftsführerkonferenz vom 20. Januar 1976 in Bonn, S. 7f, in: ACDP 07-001-524.

105 Vgl. Schreiben von Helmut Kohl vom 23. Mai 1976 an die Delegierten und Gäste des 24. Bundesparteitages der CDU, in: ACDP 01-356-A099 (Nachlass Werner Marx).

Darüber hinaus wurde in den Mitteilungsblättern „Der Archivar“<sup>106</sup> des Verbandes Deutscher Archivare, im „Eichholzbrief“<sup>107</sup> der Politischen Akademie Eichholz und in den Jahresberichten der KAS<sup>108</sup> über das neugegründete ACDP informiert.

Das Bemühen um die persönlichen Unterlagen der führenden Repräsentanten und Funktionsträger der CDU begann schon 1974 während der Konzeptions- und Planungsphase zum ACDP. Unterstützt wurden diese Bemühungen von Willi Brands<sup>109</sup>, der eine Kartei über die zahlreichen Gründungsmitglieder der CDU angelegt hatte, und dem ehemaligen Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Josef Rösing.<sup>110</sup> Mit Hilfe der sogenannten Brands-Kartei sollten Persönlichkeiten aus der Gründungsgeschichte der Partei ermittelt werden, die dem Archiv ihre historischen Materialien übergeben könnten.<sup>111</sup>

Die erste vom ACDP durchgeführten Veranstaltungen war die gemeinsame Tagung des „Ellwanger-Kreises“<sup>112</sup> und des „Krone-Kreises“<sup>113</sup> ehemaliger Bundestagsabgeordneter vom 13. bis 15. Februar 1976 in der Politischen Akademie in Eichholz. Auf dieser Tagung, an der auch Helmut Kohl als Referent teilnahm, wurde den Teilnehmern das Archiv vorgestellt und um Mithilfe beim Bestandsaufbau gebeten.<sup>114</sup>

Sowohl Gotto – wie später auch sein Nachfolger Buchstab<sup>115</sup> – bestanden darauf, dass jeder wissenschaftliche Mitarbeiter des Archivs an der Tagung teilnahm und Akquisitionsgespräche führte.<sup>116</sup> Oftmals gaben die Teilnehmer, wenn sie selbst keine Unterlagen abzugeben haben, wertvolle Hinweise zu

106 Vgl. Günter Buchstab: Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin, in: *Der Archivar* 30 (1977), Sp. 65f.

107 Vgl. Gotto: *Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, S. 49–52.

108 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '75*. Bonn 1976, S. 99–102. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '76*, S. 83–88.

109 Willi Brands (1896–1979), vor 1933 Zentrum, Mitgründer des Zentralverbandes Christlicher Angestellter, Mitgründer der CDU Lübbecke, 1945–1950 Kreisgeschäftsführer, Mitglied des Landesvorstandes der CDU Westfalen, 1951–1975 Referent in der Bundesgeschäftsstelle.

110 Vgl. Keller-Kühne: *Methodische Aspekte der Bewertung*, S. 6.

111 Vgl. Honorarvertrag Willi Brands vom 17. März 1976, in: ACDP 12-001-1278.

112 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '76*, S. 88. Günter Buchstab: *Ellwanger-Kreis*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie*, S. 505.

113 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '76*, S. 88.

114 Vgl. *Einladung zur gemeinsamen Tagung des Ellwanger Kreises und des Krone-Kreises ehemaliger Bundestagsabgeordneter vom 13. bis 15. Februar 1976 in der Politischen Akademie Eichholz*, in: ACDP 01-028-027/1.

115 Günter Buchstab (geb. 1944), 1974–1990 Geschäftsführer der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V. 1976–1989 stellv. Leiter und 1989–2009 Leiter des ACDP, 1992–2000 Präsident der internationalen Sektion der Partei- und Parlamentsarchive im Internationalen Archivrat.

116 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

Personen, die noch über relevante Materialien verfügen könnten. In der Rückschau ist Gotto überzeugt, dass die Tagungen des Krone/Ellwanger-Kreises einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg des ACDP geleistet haben.<sup>117</sup>

Bereits bis Anfang 1977 konnte das Archiv für Christlich-Demokratische Politik die persönlichen Unterlagen bzw. die Nachlässe von 56 Personen übernehmen,<sup>118</sup> darunter die persönlichen Unterlagen von Elisabeth Schwarzhaupt,<sup>119</sup> Kurt Schmücker<sup>120</sup> und Bruno Dörpinghaus sowie die Nachlässe von Werner Hilpert<sup>121</sup> und Theophil Kaufmann.<sup>122</sup>

Da es sich bei den Parteigründern und den führenden Mandats- und Funktionsträgern der CDU oftmals um Bundes- und Landesminister, Staatssekretäre auf Bundes- und Landesebene sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Landtage handelt, sind neben dem ACDP auch die staatlichen Archive, insbesondere das Bundesarchiv, an der Übernahme ihrer persönlichen Unterlagen interessiert.

Hinsichtlich der Akquisition von Politikernachlässen steht das ACDP seit seiner Gründung in einer Konkurrenzsituation zu den staatlichen Archiven, die der langjährige Präsident des Bundesarchivs, Hans Booms, bereits 1977 beklagte.<sup>123</sup> Seit Mitte der 1960er Jahre erheben die staatlichen Archive explizit auch Anspruch auf nichtstaatliches Schriftgut. Dieser Anspruch gründet nach Booms „auf der Erkenntnis von der wechselseitigen Durchdringung von Staat und Gesellschaft, die es einem staatlichen Archiv länger nicht gestattet, sich zur Überlieferungsbildung ausschließlich auf die Dokumentation der Tätigkeit seines administrativen Trägers zu beschränken.“<sup>124</sup>

Diesen umfassenden Archivierungsanspruch wiesen die Archive der Politischen Stiftungen zurück. Auf dem 51. Deutschen Archivtag betonte Gotto in

117 Vgl. ebd.

118 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76, S. 85.

119 Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986), 1953–1969 MdB, 1961–1966 Bundesministerin für Gesundheitswesen, 1970–1972 Präsidentin des Deutschen Frauenrates.

120 Kurt Schmücker (1919–1996), 1949–1972 MdB, 1956–1966 Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU und CSU, 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft, 1966 Bundesminister der Finanzen, 1966–1969 Bundesschatzminister, 1968–1971 Bundesschatzmeister der CDU.

121 Werner Hilpert (1897–1957), 1932–1933 Vorsitzender der Zentrumspartei Sachsen, 1945–1952 Vorsitzender der CDU Hessen, 1945–1951 stellvertretender Ministerpräsident von Hessen, 1946–1947 Wirtschafts- und Verkehrsminister in Hessen, 1947–1951 Finanzminister in Hessen, 1949 MdB.

122 Theophil Kaufmann (1888–1961), 1924–1927 Mitglied der Bremer Bürgerschaft als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), 1928–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1946–1948 Bürgermeister von Ettlingen, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates der Bizone, 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates.

123 Vgl. Hans Booms: Das Bundesarchiv. Ein Zentralarchiv 25 Jahre nach der Gründung, in: Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und Zeitgeschichte. Hg. von Heinz Boberach und Hans Booms. Boppard 1977, S. 40.

124 Ebd., S. 39.

der Sitzung der Fachgruppe 6 (Archive der Parlamente, Politischen Parteien, Stiftungen und Verbände) am 21. September 1977, dass es „keinen staatlichen Archivierungsanspruch auf nichtstaatliches Material, sondern nur ein staatliches Archivierungsangebot für nichtstaatliches Material“ geben könne.<sup>125</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Bundesarchiv und dem ACDP verschärften sich zu Beginn der 1980er Jahre, als die Nachlassverwalter der Aktenbestände von Otto Lenz<sup>126</sup> und Robert Tillmanns<sup>127</sup> entschieden, deren Nachlässe aus dem Bundesarchiv abzuziehen und im ACDP zu hinterlegen. Trotz dieser Querelen gelang es dem ACDP bis 1982, insgesamt 365 Nachlässe zu akquirieren,<sup>128</sup> unter anderem die persönlichen Unterlagen wichtiger Repräsentanten der Adenauer-Ära wie Heinrich Krone, Hans Globke<sup>129</sup> und Felix von Eckardt.<sup>130</sup>

Von Anfang legte das ACDP großen Wert auf die Übernahme des Parteischriftgutes der Landes- und Kreisverbände der CDU, da diese für die Erforschung der Geschichte der CDU von besonderen historischen Wert sind, hatte doch auf regionaler Ebene die Parteiwerdung der CDU ihren Anfang genommen. Eine Briefaktion, in der das ACDP vorgestellt und um eine Aktenabgabe an das ACDP gebeten wurde, stieß bei den Landes- und Kreisverbänden auf keinerlei Resonanz. Daher blieb den Mitarbeitern des Archivs keine andere Möglichkeit, als jede Landes- und Kreisgeschäftsstelle der CDU aufzusuchen und den Vorsitzenden und den Geschäftsführern persönlich das Archiv vorzustellen und Aktenabgaben zu vereinbaren.

Als erste gaben im Laufe des Jahres 1976 der CDU-Landesverband Westfalen-Lippe, die CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die CDU-Kreisverbände Ludwigsburg, Münster, Dortmund und Kiel ihre Unterlagen an

125 Klaus Gotto: Aufgabe und Ziele der Parteiarchive. II. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, in: *Der Archivar* 31 (1978), Sp. 193.

126 Otto Lenz (1903–1957), 1928–1938 Preußisches Justizministerium bzw. (ab 1934) Reichsjustizministerium, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, 1951–1953 Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, 1953–1957 MdB.

127 Robert Tillmanns (1896–1955), 1945 Mitbegründer der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), 1945–1949 Leiter des Zentralbüros Ost des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1946 MdL Sachsen, 1949–1955 MdB, 1952–1955 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Berlin, 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1954–1955 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

128 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '82*. Sankt Augustin 1983, S. 47.

129 Hans Globke (1898–1973), vor 1933 Zentrum, 1946–1949 Stadtkämmerer Aachen, 1949 Vizepräsident des Landesrechnungshofes NRW, 1949–1963 Bundeskanzleramt (ab 1953 Staatssekretär).

130 Felix von Eckardt (1903–1979), 1952–1955 und 1956–1962 Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1955–1956 Botschafter bei den Vereinten Nationen, 1962–1965 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, 1965–1972 MdB.

das ACDP ab.<sup>131</sup> Zahlreiche weitere Verbände folgten. Bis Ende 1982 hatten insgesamt 135 Kreisverbände, 20 Bezirks- und Landesverbände sowie 7 Landtagsfraktionen der CDU ihre Unterlagen an das ACDP abgegeben.<sup>132</sup>

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag verständigte sich im Januar 1977, nachdem eine Einigung mit der CSU-Landesgruppe hierüber getroffen war, mit dem ACDP darauf, dass das Archiv zunächst die Unterlagen bis zum Ende der 3. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages übernehmen und erschließen solle. Weiterhin wurde vereinbart, dass kontinuierlich Materialien der CDU/CSU-Fraktion übernommen würden, die älter als zwei Legislaturperioden seien.<sup>133</sup> Ausgenommen blieben Unterlagen der CSU-Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.<sup>134</sup> Diese sollten in das im Aufbau befindliche Archiv für Christlich-Soziale Politik gehen. Die Hanns-Seidel-Stiftung stimmte schließlich 1978 der Übernahme des Schriftguts der CDU/CSU-Fraktion durch das ACDP unter der Bedingung zu, dass ihr ein uneingeschränktes Zugangsrecht zu diesen Unterlagen eingeräumt würde.<sup>135</sup>

Mit dem CDU-Bundesgeschäftsführer Bilke führte Gotto am 21. April 1977 ein erstes Gespräch über die Übernahme der Unterlagen des CDU-Bundesverbandes und der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Von Seiten der CDU-Bundespartei war man nur bereit, neben dem Schriftgut auch die Dokumentation und die Bibliothek mit ca. 26.000 Bänden zu übergeben, wenn das ACDP auch das Personal mit übernahm und für die Materialien sowie für die Inventar Ausstattung in der Bundesgeschäftsstelle ein einmaliges Übergabegeld zahlte. Während Gotto in der Übernahme des Schriftguts und der Bibliothek keine Schwierigkeiten sah, hatte er jedoch bei der Übernahme der Dokumentation sowohl finanzielle als auch juristische Bedenken, die zuvor gelöst sein müssten.<sup>136</sup>

Ende 1978 war schließlich ein erster Entwurf über die Vereinbarung für die Übergabe des Schriftguts des Bundesverbandes und der Bundesgeschäftsstelle der CDU an das ACDP ausgearbeitet worden, welcher den Verkauf der Unterlagen an die Konrad-Adenauer-Stiftung vorsah.<sup>137</sup> Von diesem Vorhaben wurde aber aus juristischen Bedenken Abstand genommen. Auch die Schwierigkeiten, welche des Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung

---

131 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76, S. 85.

132 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '82, S. 47.

133 Vgl. Schreiben von Bruno Heck an Helmut Kohl vom 25. März 1977, in: ACDP 08-001-465 (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag).

134 Vgl. Schreiben von Wighard Härdtl an Klaus Gotto vom 26. April 1977, ebd.

135 Vgl. Schreiben von Walter Althammer an Philipp Jenninger vom 27. Juli 1978, in: ACDP 01-500-045/1 (Bestand Philipp Jenninger).

136 Vgl. Vermerk von Gotto vom 21. April 1977 für Bruno Heck, in: ACDP 07-001-1278.

137 Vgl. Vermerk Winkler vom 21. Dezember 1979 für den Bundesgeschäftsführer Hellmut Holle, in: ACDP 07-001-12283.

beim Kauf des FDP-Archivs mit dem Zuwendungsgeber hatte, könnte eine Rolle gespielt haben, von einem Kauf der CDU-Unterlagen abzusehen.<sup>138</sup>

Es sollte noch bis Ende 1981 dauern, ehe das CDU-Archiv und die Dokumentationsabteilung in das ACDP eingegliedert werden konnten. Einen Grund für das lange Zögern des CDU-Bundesverbandes, seine Unterlagen an das ACDP abzugeben, sieht Gotto in der innerhalb der CDU lang diskutierten Frage, ob eine spätere Einsichtnahme durch Dritte der CDU politisch schaden könne.<sup>139</sup> Neben dem Schriftgut konnte auch die Plakat- und Werbemittelsammlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle sowie zahlreiche Bild- und Tondokumente in das ACDP übernommen werden.

Hinsichtlich der Erschließung der übernommenen Nachlässe und des übernommenen Partei- und Fraktionsschriftguts ging das ACDP einen für die damaligen Zeit sehr fortschrittlichen Weg: Es ordnete und verzeichnete die Unterlagen mit Hilfe der Elektronischen Datenverarbeitung, welches auch den Ausdruck der erfassten Daten in Form eines Findbuches ermöglichte. Für die Ordnung und Erschließung wurde mit Hilfe des Rechenzentrums der KAS auf Grundlage des bereits in Betrieb befindlichen elektronischen Katalogssystems ein Archivierungs- und Dokumentationssystem aufgebaut und kontinuierlich weiterentwickelt, das in den nachfolgenden Jahren auch bei anderen Institutionen auf Interesse stieß.<sup>140</sup>

### *Bibliothek und Presse- und Mediendokumentation*

Mit dem Bezug des neuen Stiftungsgebäudes wurde dem ACDP die Bibliothek des Sozialwissenschaftlichen Institutes und der Akademie Eichholz der KAS unterstellt und zu einer wissenschaftlichen Zentralbibliothek der KAS mit den Schwerpunkten Geschichte und Wirksamkeit der Christlichen Demokratie, Philosophie und Theologie, Staats- und Rechtswissenschaften sowie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften kontinuierlich ausgebaut.<sup>141</sup>

Neben dem kontinuierlichen Bestandsausbau begann die Bibliothek mit der Erstellung einer wissenschaftlichen Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU. 1982 erschien in der Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ ein erster Band für den Berichtszeitraum 1945–1980.<sup>142</sup> Bis 1994 folgten zwei weitere Bände, welche den Berichtszeitraum 1981–1990 abdeck-

138 Vgl. Monika Faßbender: „...auf der Grundlage des Liberalismus tätig“. Die Geschichte der Friedrich-Naumann-Stiftung. Baden-Baden 2009, S. 165f.

139 Vgl. Gespräch am Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

140 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '79, S. 71. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '80. Sankt Augustin 1981, S. 52.

141 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

142 Vgl. Gerhard Hahn: Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 4). Stuttgart 1982.



ten.<sup>143</sup> Als eine der ersten Bibliotheken überhaupt erstellte die Bibliothek der KAS EDV-gestützte Kataloge nach dem Vorbild der Regensburger Universität.<sup>144</sup>

Mit der Übernahme des sogenannten Historischen Archivs der CDU-Bundesgeschäftsstelle verbunden war die Eingliederung der Dokumentationsabteilung in das ACDP, die zusätzlich um die schon vorhandene Mediendokumentation des Sozialwissenschaftlichen Instituts der KAS erweitert wurde. Obwohl eine Presse- und Mediendokumentation ursprünglich nicht für das ACDP vorgesehen war, erwies sich die Eingliederung dieser Abteilung im Nachhinein als eine sinnvolle Ergänzung. Mittlerweile ist unbestritten, dass zeithistorische Arbeiten ohne eine intensive Sichtung von Pressematerialien nicht geschrieben werden können.<sup>145</sup>

### *Forschungs- und Publikationstätigkeit des Archivs für Christlich-Demokratische Politik*

Wie Klaus Gotto frühzeitig betont, gehörte es zum Selbstverständnis des ACDP, „daß es sich gleichberechtigt neben seiner Archivierungsaufgabe eine eigene Forschungs- und Publikationstätigkeit zur Aufgabe gestellt hat.“<sup>146</sup> Um diesen Anspruch einzulösen, mussten möglichst rasch entsprechende wissenschaftliche Publikationen vorgelegt werden.

Das erste große wissenschaftliche Projekt des ACDP war die Herausgabe einer zweibändigen Festschrift anlässlich des 100. Geburtstags von Konrad Adenauer.<sup>147</sup> Des Weiteren arbeitete das Archiv eine sehr erfolgreiche Wanderausstellung über das Leben und Wirken Konrad Adenauers aus, die in über 50 Städten von über 100.000 Menschen gesehen worden ist.<sup>148</sup>

Ab 1979 wurde mit den Vorbereitungen zu einem umfassenden Forschungsprogramm zur Geschichte und Wirksamkeit der Unionsparteien nach 1945 begonnen. In der eigens dafür im Archiv konzipierten Forschungsreihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ wurde 1980 mit der Habilitationsschrift

---

143 Vgl. Brigitte Krahe/Michaela Seibel: Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981–1986. Mit Nachträgen 1945–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 15). Düsseldorf 1990. Thomas Schaarschmidt/Hildegard Kregel: Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1987–1990 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 25). Düsseldorf 1994.

144 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

145 Vgl. Gregor Schöllgen: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991. München 1996, S. 479.

146 Gotto: Aufgabe und Ziele der Parteiarchive, Sp. 193.

147 Vgl. Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft. Stuttgart 1976.

148 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76, S. 88.

„Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik“ von Hans Günter Hockerts<sup>149</sup> der erste Band veröffentlicht, der in der Fachwelt auf äußerst positive Resonanz stieß.<sup>150</sup>

Der Erfolg dieser beiden Veröffentlichungen trug – für ein Parteiarchiv typisch und erforderlich – in doppelter Weise entscheidend zur Etablierung des ACDP bei: Die zweibändige Adenauer-Festschrift bildete die Legitimationsbasis gegenüber dem christlich-demokratischen Lager, während der erste Band der Schriftenreihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ das Renommee in der deutschen Geschichtswissenschaft begründete.<sup>151</sup> Durch diese doppelte Legitimation konnte sich das ACDP der KAS zu einer festen Größe in der deutschen Forschungslandschaft entwickeln.

Seit den 1990er Jahren entwickelte sich das ACDP durch die Übernahme und rasche Erschließung des Parteischriftguts der Ost-CDU, des Demokratischen Aufbruchs (DA) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) zu einem wichtigen Zentrum der DDR-Forschung und nahm mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen auch aktiv an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte teil.

---

149 Vgl. Günter Hockerts: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 1). Stuttgart 1980.

150 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '79, S. 56. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '80, S. 43. Eine Übersicht der bisher erschienenen Bände ist auf der Homepage des ACDP einsehbar (<http://www.kas.de/wf/de/34.24>, Abruf: 17. Mai 2013).

151 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.